



Berührungsängste abbauen

Gemeinsames Projekt mit Menschen mit Behinderungen

■ Von Miriam Hubmayer
m.hubmayer@sauerlandkurier.de
Olpe. Durch gemeinsame Erfahrungen ganz einfach Barrieren und Berührungsängste abbauen – dass das funktioniert, erlebten jetzt Jugendliche, die derzeit ihr Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvieren, gemeinsam mit Menschen mit Behinderung aus den Werthmann-Werkstätten auf dem Waldweg „Grenzenlos“ bei Olpe.



21 „Freiwillige“ aus dem Jugendhof Pallottthaus und von „In Via“ waren dabei und hatten sich vorab im Rahmen einer Seminarwoche einiges einfallen lassen, um den barrierefreien Waldweg gemeinsam mit den Behinderten unsicher zu machen.

Nach einem kurzen Kennenlernen und einem Warm-Up erkundeten die FSJ-ler mit den Behinderten den Waldweg Grenzenlos auf der Olper Kimicke. Foto: Miriam Hubmayer

„Wir nutzen die Biparcours-App und haben ein Quiz mit verschiedenen Aufgaben zusammengestellt“, erläuterte Sozialpädagogin Kathrin Bußmann vom Jugendhof Pallottthaus. Diese App ist ein kos-

tenloses Angebot vom Bildungspartner NRW für schulische und außerschulische Lernorte. Schulen und Institutionen können mit Quizanwendungen Themenrallyes, Führungen und Stadt- und Naturrundgänge zu vielfältigen Fragestellungen und The-

men erstellen. Nach einer kurzen Kennenlern-Runde teilten sich die jungen Leute in bunt gemischte Kleingruppen auf. Zeitversetzt ging's ab auf den Waldweg mit seinen verschiedenen Stationen, wie der Duftorgel, einem Balanceholz, dem Vertrauenspfad

oder dem Hörrohr. Zu beantworten galt es Fragen wie: „Wie weit springt ein Wildschwein?“, es galt Aufgaben zu lösen, Fotos zu machen und kurze Filme zu drehen. Als Abschluss standen natürlich ein gemeinsames Mittagessen auf dem Programm.

Das schlechte Wetter

konnte die gute Laune bei der Spendenübergabe der „Town & Country“-Stiftung an das Kinderhospiz Balthasar nicht trüben. Auf einer Baustelle im Schönauer Feriengebiet übergab Detlef Schildknecht, Botschafter der Stiftung, den 500-Euro-Spendenscheck an Nicole Binnewitt vom Kinderhospiz. „Wir haben uns bereits zum zweiten Mal um den Town & Country Stiftungspreis beworben“, so Nicole Binnewitt. „Wir möchten von unserem Erfolg etwas zurückgeben“, erläuterte Schildknecht. „Daher haben wir im Jahr 2009 die Town & Country Stiftung gegründet.“ Die ersten 500 Bewerber erhalten Förderungen in Höhe von jeweils 500 Euro. Aus ihnen wählt eine unabhängige Jury 16 Einrichtungen – eine aus jedem Bundesland – aus. Diese erhalten den mit jeweils 5.000 Euro dotierten Stiftungspreis. „Das Geld kommt mehr als gelegentlich der Außenbereich des Kinderhospizes soll in einen rollstuhlgerechten Garten verwandelt werden.“

Foto: Miriam Hubmayer



„Offensive Diskussion“

ILO-Kernarbeitsnormen sollten Basis sein

■ Von Antonia Kühn
Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) steht kurz vor dem Ratifizierungsprozess in den Parlamenten. Für TTIP, das Handelsabkommen zwischen den USA und der EU, haben Präsident Obama und Kanzlerin Merkel anlässlich der Hannover-Messe aktuell geworben. TTIP und CETA sollen zu Wachstum und mehr Beschäftigung führen, so die Befürworter. Können solche Handelsabkommen aber tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen?



Antonia Kühn. Foto: DGB

Die optimistischen Modellrechnungen gehen von bis zu 180.000 neuen Jobs in Deutschland in 15 Jahren aus. Das wären lediglich 12.000 Arbeitsplätze im Jahr. Zum Vergleich: Nach der Einführung des Mindestlohns nahm die Sozialversicherungsbeitragspflichtige Beschäftigung um rund 688.000 Stellen zu, in nur einem Jahr.

Hilfreich ist der Blick auf Erfahrungen mit anderen Freihandelsabkommen. In der Folge des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA aus 1994 sind in den USA ca. 700.000 Industriearbeitsplätze verschwunden. Ein Teil davon ist nach Mexiko abgewandert.

Umgekehrt sind dort die zuvor vorherrschenden kleinsten Strukturen zerfallen worden, da die Agrar-Industrie der USA Mexiko mit billigem Getreide überschwemmte.

Es geht im Kern immer um den Abbau von Marktzugangsschranken und um mehr Wettbewerb. Das heißt nichts anderes als Deregulierung. Regeln zum Schutz der Arbeitnehmer sind aber wichtige gesellschaftliche Errungenschaften. Sie dürfen nicht einfach einem Wettbewerb um die niedrigsten Kosten geopfert werden.

Ein Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren kann sehr sinnvoll sein, eine Angleichung bei technischen Standards ebenso. Dazu bedarf es

jedoch keines neuen Handelsabkommens.

Interessant wäre eine offensive Diskussion über eine Konvergenz von Arbeitsrechtsstandards. In den USA existiert kaum ein Kündigungsschutz, Gewerkschaften und Mitbestimmung werden immer wieder behindert.

Mehr Freihandel ist denkbar, wenn die ILO-Kernarbeitsnormen (ILO = Internationale Arbeitsorganisation) und andere zentrale Übereinkünfte in den Bereichen Umwelt, Verbraucherschutz und Arbeit anerkannt und Basis gemeinsamen Handelns werden.

Schließlich brauchen wir ein transparentes Verfahren, das die Bürgerinnen und Bürger informiert sowie ihre gewählten parlamentarischen Vertreter/innen in die Lage versetzt, sich eine Meinung zu den möglichen Abkommen zu bilden.

Handel ist kein Selbstzweck und das Ziel allen Wirtschaftens nicht die Steigerung von Gewinnen, sondern ein gutes Leben für die Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne wollen wir Globalisierung sozial und ökologisch gestalten, fairen Handel mit Arbeitnehmerrechten verknüpfen.

Antonia Kühn
Leiterin der Abteilung Hochschulen, Wissenschaft und Forschung, DGB NRW

USA und EU verhandeln über das Freihandelsabkommen TTIP. Im Gespräch mit dem Journalisten Johannes Beetz erklärte Claudia Tausend (MdB), TTIP-Expertin im Bundestag, was sie sich von dem Freihandelsabkommen verspricht – und was sie dafür keinesfalls aufgeben will. Claudia

KURIER: Die Skepsis der Bürger gegenüber TTIP ist groß. Wesentliche Kritikpunkte sind mangelnde Transparenz, die Schiedsgerichtsverfahren und die befürchtete Aufgabe von Standards. Wo sind für Sie rote Linien?

Tausend: Die SPD hat ja schon im Jahr 2014 auf einem Parteikonvent rote Linien festgelegt und diese auf unserem Bundesparteitag vorletzten Oktober nochmals bestätigt. Im Wesentlichen teilen wir die Kritikpunkte, die Sie eben genannt haben. Deshalb sage ich ganz klar: Wir werden keinen Zwang zur weiteren Liberalisierung oder Privatisierung – gerade der öffentlichen Daseinsvorsorge – akzeptieren. Keine Absenkung der Sozialstandards sowie Umwelt- und Verbraucherschutzstandards! Keine Aushebelung der Parlamente! Und keine private Schiedsgerichtsbarkeit!

KURIER: „Hohe Standards werden nicht gesenkt“, hat US-Handelsbeauftragter Michael Froman versichert – etwa die bei Gesundheit, Sicherheit und Umwelt. Aber wie kann das bei unterschiedlichen Ausgangslagen und Interessen sichergestellt werden? In der Regel einigt man sich ja leichter auf den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Tausend: Also, für unsere hohen Standards im Sozial- und Umweltbereich oder bei den Arbeitnehmerrechten haben wir jahrzehntelang gekämpft, die werden wir ganz sicher nicht für ein Handelsabkommen zur Disposition stellen. Das sieht man übrigens auch an der anderen Seite des Atlantik ganz genauso. Aber bei TTIP geht es auch hauptsächlich um die gegenseitige Anerkennung von Standards oder technischen Prüfverfahren. Hier gibt es viel Doppelbürokratie, die unnötig Geld und Zeit kostet. Man darf hier natürlich keinesfalls pauschal gegenseitig anerkennen, son-



„Man braucht einfach mehr als ein kurzes Video, um den Sachverhalt zu erklären“.

Foto: Johannes Beetz/Münchener Wochenanzeiger

dern muss den Einzelfall prüfen und die Gleichwertigkeit der Standards nachweisen.

KURIER: Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, warnt davor, die Frage der Transparenz der Verhandlungen zu wichtig zu nehmen. Entscheidend seien die Ergebnisse, die am Ende vorgelegt werden. Geben wir damit nicht demokratische Grundsätze und Gestaltungsmöglichkeiten auf?

Tausend: Transparenz ist gerade bei einem so umfassenden Abkommen wie TTIP wichtig. Die unerträgliche Geheimniskrämerie der Kommission zu Beginn der Verhandlungen hat viel Misstrauen geschürt. Ich finde richtig, dass die neue Kommission jetzt die Verhandlungsergebnisse nach jeder Verhandlungsrunde ins Internet stellt und auch viele Positionspapiere öffentlich zugänglich macht. Bald dürfen ja auch wir Bundestagsabgeordnete Einsicht in die Verhandlungsdokumente der laufenden Verhandlungen nehmen. Dafür mussten wir allerdings lange und hart kämpfen – so etwas sollte selbstverständ-

lich sein!
KURIER: Wie erleben Sie die „Anti-TTIP-Bewegung“? Zeigt sich hier ein Mitgestaltungswille der Menschen, ein Signal gegen „Politikverdrossenheit“?

Tausend: Ich finde das richtig und gut, dass das Thema aus den Hinterzimmern und Expertenrunden rausgekommen ist und in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird. Das hat ja auch schon Wirkung gezeigt bei den Verhandlungsführern und es unterstützt uns auch bei dem Druck, den wir vom Bundestag aus auf die Kommission ausüben. Dass so viele Menschen bei einem so technischen Thema mitreden wollen, ist beeindruckend und hilft uns sehr, diese Abkommen im Detail in und mit der Öffentlichkeit durchzudiskutieren. Solche Handelsabkommen sind natürlich hochkomplexe Themen, deshalb muss man vorsichtig sein, nicht zu sehr zu vereinfachen. Manchmal wird in der wichtigen Diskussion berechtigte Kritik etwas entwertet, wenn man in einem 60-Sekunden-Video auf Youtube etwa das Ende der Demokratie durch TTIP heraufbeschwört. Man braucht einfach mehr als ein kurzes Video, um den Sachverhalt zu erklären und es gibt genug zu kritisieren, ohne gleich den Weltuntergang zu prophezeien. Die Zeit und Differenzierungsbereitschaft sollte man sich nehmen.

KURIER: Bundeskanzlerin Merkel meinte, TTIP „kann Geschichte schreiben“ und „wir würden einen Riesenfehler machen, wenn wir das blockieren“. Was passiert, wenn die Verhandlungen scheitern?

Tausend: Scheitert TTIP bereits auf der Verhandlungsebene, wäre das schon ein großer Rückschritt für die transatlantischen Beziehungen. Die Aussage wäre dann ja: Wenn sich nicht mal mehr die USA und Europa auf ge-

meinsame Handelsregeln einigen können, mit wem können wir das dann? Scheitert TTIP in den Parlamenten, würde das in Europa wohl auf die Kommission zurückfallen. Sie muss ja die Kritik und Bedenken aus den nationalen Parlamenten bereits im Vorfeld aufnehmen und in das Abkommen verhandeln. Schafft sie das nicht, würde die Kommission wohl einen gewissen Vertrauensverlust

erleiden. Das wäre aber alles verkraftbar. Deshalb ist meine Position: Wir versuchen jetzt, uns aktiv in die Verhandlungen einzubringen und unsere Positionen in das Abkommen zu bekommen. Wenn TTIP dann irgendwann fertig ist, werden wir es uns sehr genau anschauen. Wenn es ein vernünftiges Abkommen ist, stimmen wir zu, und wenn es ein schlechtes Abkommen ist, lehnen wir ab.

„Einheitliche Standards“

Verhandlungsführer brauchen volles Vertrauen

■ Von Rudolf König gen. Kersting
Die Verhandlungen um eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA, TTIP, sind zum Inbegriff eines tiefen Misstrauens diesseits und jenseits des Atlantiks geworden. Dabei geht es um kaum mehr als den Abbau von Einfuhrabgaben, um gemeinsame technische Standards und um den Schutz ausländischer Investoren gegen willkürliche Enteignung.



Rudolf König gen. Kersting.

Woher kommt das Misstrauen? Auslöser war die geniale Erfindung des „Chlorhühnchens“. Kein knuspriges Hähnchen mehr, sondern ein Chemievogel würde uns künftig serviert, so die Assoziation. Das mobilisierte die Verbände und eine breite Öffentlichkeit. Sollten mit TTIP etwa unsere Errungenschaften im Umwelt- und Naturschutz, Arbeits- und Sozialrecht ungezügelter Geschäftssinn der Amerikaner geopfert werden? Niemand wusste es, niemand konnte es wissen. Denn die Verhandlungen waren streng geheim. Hinzu kam die Vorstellung, drohende Schiedsgerichtsverfahren und horrenden Schadensersatzforderungen könnten die Freiheit unserer

Gesetzgebungsorgane einschränken.

Die 13. Verhandlungsrunde fand in der vergangenen Woche in New York statt. Ende offen. In einigen Fragen wird eine Verständigung auf einheitliche Standards gelingen. Andere Verhandlungspunkte werden zu keinem Ergebnis führen. Dort, wo es Konsens gibt, sollten wir Nägel mit Köpfen machen. Unsere Wirtschaft braucht den transatlantischen Wettbewerb nicht zu scheuen. Sie könnte am Ende als Gewinner einer größeren Marköffnung dastehen. Misstrauen hilft hier nicht weiter. Die Verhandlungsführer der Kommission brauchen jetzt unsere Rückendeckung und unser volles Vertrauen.
Rudolf König gen. Kersting
Geschäftsführer der IHK Siegen/Olpe